

Beschluss (vorläufig) Zweigeschlechtlichkeit überwinden,
Menschenrechtsverletzungen beenden: Gleichberechtigte Teilhabe für trans*, inter*
und nicht-binäre Personen in der Gesellschaft & unserer Partei

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen erklärt sich solidarisch mit den Anliegen von trans*, inter* und
2 nicht-binären Personen. Spätestens seit den Debatten um die Einführung der dritten
3 Option
4 ist einem breiteren Teil der Gesellschaft bewusst geworden, wie sehr ihre
5 Menschenrechte
6 noch immer verletzt werden.

7 Ob ein selbstbestimmter Personenstand, der ohne Pathologisierung auskommt, die
8 Anerkennung
9 der Elternschaft von trans* Personen, ein konsequenter Schutz gegen Diskriminierung
10 und
11 Gewalt, die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
12 anpassenden
13 Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern und nicht zuletzt der
14 Weg in ein
15 Staatswesen und eine Gesellschaft, die anerkennen, dass nicht alle Menschen Mann
oder Frau
sind und diese Identität nicht von Geburt an auf Lebenszeit fremdbestimmt werden
kann. Es
bleibt noch viel zu tun für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt!

Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option, den Geschlechtseintrag leer
zu
lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt und nicht

nur inter*

16 Personen, sondern auch z.B. nicht-binären Menschen offensteht

17 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht

18 • Auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung
19 (VÄ/PÄ), die als
kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden

20 • Die sozialrechtliche Absicherung trans*-spezifischer Gesundheitsversorgung

21 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen
22 "Sexualmündigkeit"), perspektivisch die Geschlechtsmündigkeit ab der Geburt

23 • Zertifizierte Beratungsstellen

24 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in
25 Gesetzestexten
& Dokumenten

26 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
27 anpassenden
Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern

28 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Personen in Deutschland

29 • Eine angemessene Entschädigung für trans* und inter* Personen, deren
30 Menschenrechte
verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds

31 • Aufklärungs- & Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen

32 • Ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans*, inter* und
33 nicht-
34 binären Kindern & Jugendlichen sowie ein institutioneller Leitfaden für den
respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg*innen & Angestellten

35 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt

36 • Die Unterstützung & Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung
37 spezifischer
trans*, inter* und nicht-binärer Beratung

38 • Die Stärkung von trans*, inter* und nicht-binären Perspektiven in Wissenschaft
und
39 Forschung, insbesondere der Medizin und der Rechtswissenschaft

40 **Das machen wir als Grüne Partei:**

41
42 Auch für uns als Partei ist klar, dass trans*, inter* und nicht-binäre Personen mehr
43 Sichtbarkeit und politische Teilhabe in unseren Strukturen verdienen. Das Recht auf
44 Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht ist elementarer Bestandteil Grüner
Programmatik.

45 Wir Grüne wollen allen Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht eine

gleichberechtigte

46 Teilhabe sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei ermöglichen. Dazu
wollen wir

47 alte patriarchale Denkmuster durchbrechen.

48

49 Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis
50 Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün, bei dem die fachliche Kompetenz für
51 geschlechtliche Vielfalt angesiedelt ist unter Einbeziehung weiterer Gremien wie dem
52 Bundesfrauenrat und der AG Vielfalt, einen Prozess zu starten, um die
Berücksichtigung von
53 trans*, inter* und nicht-binäre Menschen zu stärken.

54

55 In diesem Prozess sollen Satzungen, Richtlinien etc. der Partei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

56 überarbeitet werden, so dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen berücksichtigt
werden

57 und weitere Maßnahmen zur Förderung entwickelt werden. Insbesondere ist hierbei
auf den

58 Personenstand „divers“ und auf Menschen ohne Geschlechtseintrag einzugehen.

59 Binärgeschlechtliche Stellen sollen durch Formulierungen ersetzt werden, die alle
Menschen

60 berücksichtigen.

61

62 Bündnis 90/Die Grünen sehen in Fragen der Gleichstellungspolitik das
Geschlechterspektrum

63 (cis* Frauen, cis* Männer, trans* Frauen, trans* Männer, intergeschlechtliche
Menschen,

64 nicht-binäre Menschen) und die reale Diskriminierungssituation dieser Gruppen als
Grundlage

65 ihrer Politik. Das bisher als Grundlage dienende binäre Geschlechtermodell ist faktisch,

66 wissenschaftlich und rechtlich unzureichend - es bildet nicht die Gesamtbevölkerung
ab. Die

67 Grüne Partei leitet einen innerparteilichen Bildungsprozess im Dialog mit dem AK

68 Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün ein, der es alle Menschen ermöglicht,
ein

69 positives Verständnis für Menschen jenseits binärer Geschlechtlichkeit zu entwickeln.
Weiter

70 fordern wir den Bundesvorstand dazu auf, diese notwendigen Überarbeitungen auch
auf Landes-

71 und Kreisebene zu unterstützen. Die Ergebnisse des oben genannten Prozesses sollen
auf der

72 Bundesdelegiertenkonferenz 2020, vor- und zur Abstimmung gestellt werden.